



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Letzte Woche fand die Sondersession des Nationalrats statt. Anders als in den vier «langen» Sessionen des Parlaments im Frühling, Sommer, Herbst und Winter hat sich nur der Nationalrat für drei Tage versammelt, mit dem Ziel, Pendenzen abzubauen. Gerne teile ich mit Ihnen in diesem kurzen Sessionsrückblick meine Eindrücke dazu. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre und freue mich darauf, bereits im Juni wieder aus Bern zu berichten.

Folgende Geschäfte wurden in der Sondersession behandelt (Auswahl):

Pa.Iv. Bregy «Kein David gegen Goliath beim Verbandsbeschwerderecht» ([19.409](#))

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) will der Nationalrat kleinere Wohnbauprojekte von Privatpersonen vom Beschwerderecht der Umweltschutzorganisationen ausnehmen. In Beschwerdeverfahren sollen sich nicht länger Parteien gegenüberstehen, die über sehr unterschiedliche finanzielle Mittel verfügen. Das Verbandsbeschwerderecht soll nicht mehr für Projekte von Wohnbauten gelten, die eine Geschossfläche von weniger als 400m² haben und in einer Bauzone geplant sind. Projekte in geschützten Ortsbildern, in Biotopen oder ausserhalb der Bauzonen sind von dieser Revision jedoch nicht betroffen. Ich habe diese Vorlage persönlich mit Überzeugung und als Fraktionssprecherin in meinem [Votum](#) unterstützt.

Der Nationalrat hat das Geschäft mit einer Mehrheit von FDP, SVP und Mitte mit 113:72 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht nun in die Kommission des Ständerats.

Legislaturplanung 2023-2027 ([23.082](#))

Mit der Legislaturplanung legt der Bundesrat die politischen Schwerpunkte für die Jahre 2023-2027 fest. Ziel der Planung ist es, eine kohärente und umfassende Politik zu schaffen, die auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen eingeht und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden kann. Der Bundesrat macht dies entlang von vier Leitlinien mit 25 Legislaturzielen und 112 Massnahmen. Neu will er einen Fokus auf die Herausforderungen der künstlichen Intelligenz, des Krisenmanagements, der Energieversorgung und auf den Wiederaufbau der Ukraine legen.

In der langen Debatte im Nationalrat waren insbesondere die Bundesfinanzen ein grosses Thema. Gemäss Bundespräsidentin Viola Amherd rechnet der Bund bis 2027 mit einem strukturellen Defizit von drei bis vier Milliarden Franken pro Jahr. Eine Mitte-Links-Mehrheit schlug für die Finanzierung der 13. AHV-Rente die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor – also eine Abgabe auf Umsätze mit Aktien oder Devisen – und kam damit durch. Aber auch von anderen Seiten wurden vielseitige Wünsche angebracht: So wollten die Grünen den Klimaschutz noch stärker priorisieren und die SVP hat versucht, mit zahlreichen Minderheitsanträgen ihr Parteiprogramm in die Legislaturplanung einzubringen. Weiter will der Nationalrat die bisherige Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung in ein zeitgemässes neues Finanzierungsmodell überführen und die Festlegung der Rahmenbedingungen für die nächste Landesausstellung als Ziel aufnehmen. Dieser kurze Abriss aus der langen Liste zeigt, weshalb die Debatte mehrere Stunden dauerte. Und obwohl die Legislaturplanung weder verbindlich noch vollständig ist, gibt sie eine Art Marschrichtung für die nächsten vier Jahre vor.



Mo. Ryser «Beteiligung der Schweiz an der multinationalen Taskforce Repo zur Umsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland» ([22.3451](#))

Der Vorstoss forderte, dass sich die Schweiz der internationalen Taskforce der G7-Staaten zur Umsetzung der Russland-Sanktionen anschliessen soll. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 101 zu 80 Stimmen bei sechs Enthaltungen ab. Er folgte damit einer starken Minderheit seiner aussenpolitischen Kommission, welche der Meinung ist, dass die aktuelle technische Zusammenarbeit (z.B. die Übernahme von Massnahmen und Sanktionen) mit der Taskforce auch ohne formellen Beitritt gut funktioniert. Auch die FDP sprach sich klar gegen einen Beitritt aus. Der Fraktionssprecher der FDP betonte in seinem Votum unter anderem, dass dieser symbolische Beitritt der Schweiz gerade auch im Bereich der guten Dienste schaden würde.

Mo. Müller Leo «Listenflut beseitigen» ([23.4477](#))

Mit der Motion sollte der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament eine Änderung des Bundesgesetzes über die Politischen Rechte vorzuschlagen mit dem Inhalt, dass bei Wahlen maximal fünf Listen miteinander verbunden werden können. Hintergrund für den Vorstoss war die in machen Kantonen regelrechte «Listenflut» bei den nationalen Wahlen im letzten Herbst.

Mit einem Stichentscheid von Ratspräsident Eric Nussbaumer hat der Nationalrat sich jedoch knapp gegen eine Beschränkung der Listenverbindungen ausgesprochen. Die FDP hatte dieses Anliegen unterstützt. Obwohl mit der Ablehnung dieses konkrete Anliegen nun vom Tisch ist, sind in der zuständigen staatspolitischen Kommission derzeit noch drei parlamentarische Initiativen zum Thema Wahlsystem und Listenverbindungen hängig, die noch im April 2024 beraten werden.

Skurriles und Schönes aus der Sondersession

Nachdem am Montagabend bereits der Böög in Zürich wegen zu starkem Wind nicht angezündet werden konnte, hatte am Dienstagnachmittag auch eine andere Anlage eine nasse Zündschnur. Zum ersten Mal seit ihrer Einführung im Jahr 1994 fiel die elektronische Abstimmungsanlage im Nationalratssaal für längere Zeit aus. Obwohl die Debatte nach kurzem Unterbruch weitergeführt wurde, konnten die geplanten Abstimmungen vom Dienstagnachmittag erst am Mittwochmorgen nachgeholt werden. Während derzeit noch unklar ist, wann genau der Böög nun in Appenzell Ausserrhoden verbrannt werden soll, hält die Abstimmungsanlage nach dieser Panne nun hoffentlich wieder für mindestens dreissig Jahre.

Besonders gefreut hat mich der Besuch einer Gruppe von Siemens Schweiz im Bundeshaus. Zwischen dem stündigen Aufenthalt auf der Zuschauertribüne und einer Führung durchs Parlamentsgebäude durfte ich mich während 30 Minuten den spannenden Fragen der Teilnehmenden stellen. Es hat mir Spass gemacht, den Anwesenden ein paar Eindrücke aus dem Alltag als Nationalrätin zu geben. Solche Begegnungen geben mir immer wieder neue Kraft und Motivation, mich auch weiterhin jeden Tag engagiert für tragfähige Lösungen für die Menschen in der Schweiz einzusetzen.



Aktuelle politische Entwicklungen ausserhalb der Session

Kurz vor der Session hat mich ein Thema intensiv beschäftigt, nämlich das am 9. April 2024 veröffentlichte EGMR-Urteil aus Strassburg zur Beschwerde der Klimaseniorinnen gegen die Schweiz. Sinnigerweise erfolgte die Veröffentlichung zeitgleich mit einer laufenden Sitzung der nationalrätlichen Umweltkommission, welcher ich annehöre. Noch während der laufenden Kommissionssitzung verlangten die Medien Auskunft zum 260 Seiten starken Dokument. In meinem ersten [Statement](#) für die Tagesschau hielt ich fest, dass ich die Einflussnahme eines internationalen Gerichts auf unsere nationale Klimapolitik ablehne. Auch mit etwas Abstand kann ich dem Urteil nichts abgewinnen. Der Kerngehalt der so wichtigen EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) - Schutz der Menschenrechte - wird damit derart ausgeweitet, dass es die EMRK schlussendlich schwächt. Das Urteil trägt unserer direkten Demokratie nicht Rechnung. Bei uns hat bei der Gesetzgebung stets das Volk das letzte Wort. Es wird aber auch dem Klimaschutz in der Schweiz absehbar nichts nützen, sondern im Gegenteil für die anstehenden politischen Beratungen die Fronten weiter verhärten. Es hat darüber hinaus das Potential, die Verhandlungen mit der EU über die Weiterführung des bilateralen Wegs (Bilaterale III) zu belasten, da das Gespenst der «fremden Richter» damit ein eigentliches Gesicht erhält. Da nützt es wenig, dass bei den Bilateralen nicht der EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) in Strassburg eine Rolle spielt, sondern der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Den Haag. Dies mag in den Gelehrtenstuben klar sein, es wird aber absehbar eher schwierig sein, dies für die Meinungsbildung in der Bevölkerung darzulegen. Mit diesem Urteil wird den Kritikern der Weiterentwicklung der guten Beziehungen zu unseren europäischen Partnern unschön in die Hände gespielt. Dies ist unnötig und ärgert mich.

Besten Dank für Ihr Interesse! Ich freue mich, Ihnen im Sommer wieder aus Bern zu berichten.

Herzliche Grüsse,

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG